

Erscheint wöchentlich  
einmal: Freitag.  
Anzeigen: Die 6 gespaltene  
Vorgabe 20 Pfennig  
Im Abonnement oder bei  
Wiederholung entsprechend  
billiger.  
Schluß der Redaktion:  
Dienstag Mittag.

# Die Stimme

Abonnement  
vierteljährlich 1.— Mark  
bei jedem Postamt und in  
der Expedition.  
Eingetragen in der  
Post-Zeitungspreislifte.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin NO. 55,  
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/223. — Fernruf: Amt Königsstadt 4720.  
W. Holtmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/223.

Nummer 5/6.

München, den 12. Februar 1915.

26. Jahrgang.

**Inhaltsverzeichnis:** Der Krieg und die Volksernährung. — Die Kriegsarbeitersgemeinschaft. — Ein interessantes Eingekändnis. — Auch freiwillige Krankenunterstützung privater Hilfskassen ist vom Krankengeld der Ortskrankenkassen zu kürzen. — **Feuilleton:** Feldpostbriefe (Fortf.). — **Rundschau:** Zur Unterstützung von Familien der Kriegsteilnehmer. — Der Beschäftigungsgrad in Berlin. — Arbeitslosigkeit in New-York. — **Aus den Ortsvereinen:** Berlin VII. — **Schweidnitz.** — **Rechtssprechung:** In der Invalidenversicherung kann der Antragsteller einen bestimmten Arzt benennen. — Eine infolge des Krieges vereinbarte Lohnminderung die gegen die guten Sitten verstößt. — Patentschau. — Literarisches. — Anzeigen.

## Der Krieg und die Volksernährung.

Mit der Waffe in der Hand wird es uns nicht möglich sein Deutschland zu besiegen, darum müssen wir alles aufbieten, um dieses Land auszuhungern! In diesem Sinne spricht sich die englische Regierung aus; und versucht nun, gestützt auf die große Seemacht uns jegliche Zufuhr abzuschneiden. Man setzt sich hierbei gegen jedes Völkerverbot, man pfeift auf die Verletzung der neutralen Mächte, kurzum: England setzt sich über alle diesbezüglichen Abmachungen hinweg, wenn es gilt Deutschland Rohmaterialien oder Lebensmittelfuhr abzuschneiden. Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, so müssen wir uns darüber klar sein, daß die neutralen Mächte mit Ausnahme von Amerika, so unmittelbar von dem Kriege mitberührt werden, daß wir von diesen Ländern an und für sich wenig oder gar keine Hilfe betrefend der Lebensmittel erwarten können. Wir sind also nicht bloß mit unseren Waffen, sondern auch mit der Versorgung der Lebensmittel voll und ganz auf unsere Kraft angewiesen. Fest steht, daß von einem Ausschuntern unsererseits keine Rede sein kann, eine diesbezügliche Gefahr besteht in weit größerem Maße für England, Frankreich und Rußland, ja selbst in den neutralen Ländern werden für manche Artikel weit höhere Preise erzielt als bei uns in Deutschland. Dessen ungeachtet müssen wir in weit höherem Maße als bisher unser Augenmerk auf die Volksernährung richten.

Verhältnismäßig günstig haben wir dadurch abgesehen, daß die letzte Ernte eine über den gewöhnlichen Durchschnitt gute war, dazu kam, daß maßgebende Kreise dafür sorgten, daß dieselbe auch zur rechten Zeit geerntet wurde. Demgegenüber blieb aber die alljährliche Einfuhr von Weizen und Futtermitteln aus, ganz abgesehen davon, daß auch das Getreide aus einem Teile der Ostprovinzen fehlen blieb. Günstig wirkte ferner die Tatsache, daß der Krieg sich in der Hauptsache auf feindlichen Boden abspielte, und so ein Teil der Ernährung unseres Heeres durch Beschlagnahme von feindlichen Lebensmitteln gedeckt wurde. Demgegenüber steht aber der für uns überaus günstige Verlauf des Krieges, der uns gleich in den ersten Monaten Tausende von Gefangenen brachte, die doch von unserem Lebensmittelbestande ernährt werden müssen. Die Regierung hat eine Abschätzung der vorhandenen Getreide- und Futtermittelvorräte vornehmen lassen, die ein überaus günstiges Bild insofern gebracht hat, daß Roggen und Kartoffeln genügend vorhanden seien, mit Weizen, Gerste und Hafer man aber die äußerste Sparlichkeit in Anwendung bringen müsse. Demzufolge sind denn auch Verordnungen erlassen worden, nach denen reines Weizenmehl überhaupt nicht mehr verhandelt werden darf, während zum Roggenmehl ein gewisser Prozentsatz Kartoffelmehl beigelegt sein muß. Anschließend hieran erfolgte das Verbot des Nachtbackens. Hierzu muß man sagen, daß solch ein Krieg auch oft was gutes mit sich bringt. Was jahrzehntelange Kämpfe der Organisationen nicht fertig gebracht haben, ist hier mit einem Schlage durch die Militärgewalt vollführt worden. Immer wieder wurde von Seiten der Bäckerorganisationen die Forderung auf Aufhebung des Nachtbackens erhoben, aber ebenso entschieden wurde dieselbe von den Unternehmern mit der Begründung, daß mit deren Annahme das Bäckergewerbe dem Ruin zugeführt werden würde. Wir müssen leider zugeben, daß auch das laufende Publikum zum großen Teil wenig Verständnis gegenüber der Forderung der Bäckergehilfen zeigte, und damit die Unternehmern in ihrem Standpunkte noch wesentlich bekräftigte. Hoffen wollen wir, daß diese getroffenen Maßnahmen nicht bloß für die Kriegszeit, sondern für immer bestehen bleiben werden, und werden es die Organisationen sich nicht nehmen lassen, ihre alte Forderung auch nach dem Kriege mit aller Energie zu vertreten. Wir müssen uns durchhalten, diese Worte können nicht oft genug erwähnt und der breiten Bevölkerung ins Gedächtnis gerufen werden. Und allen ist bekannt, daß die Dringlichkeit des deutschen Volkes sich in nie gekannter Weise gezeigt hat, das schließt keineswegs aus, daß wir auch leider profitgieriger Ausschreiter zu verzeichnen haben, die durch den Krieg sich bereichern wollen. Kann man doch die schärfsten Worte der Entrüstung kaum finden für die elenden Krämerpeelen, die an Angehörige der im Felde Stehenden für teures Geld wertlose Liebesgaben

verkaufen, wahrlich eine Kugel wäre zu schade für derartige Elemente, hier müßte mit eiserner Strenge vorgegangen werden. Dann gibt es wieder Geschäftsleute, die da glauben, mit Getreide, Mehlvorräte u. dergl. mehr zurückhalten zu müssen, um möglichst hohe Preise herauszuschlagen zu können. Die Festsetzung der Höchstpreise hat diesen Geschäftspatrioten nur wenig das Handwerk legen können. Jetzt ist die Regierung dazu übergegangen, und hat die Getreide- und Mehlvorräte beschlagnahmt. Dieser wohlwogene Beschluß mußte kommen, ja man könnte beinahe sagen, er ist reichlich zu spät gekommen. Aber auch dabei wird man nicht Halt machen dürfen. Die Fleischpreise gehen von Tag zu Tag in die Höhe. Die Fleischer schimpfen auf die Händler und diese wieder auf die Landwirte. Daselbe Manöver haben wir betrefend des Getreides, der Backwaren, kurzum bei sämtlichen notwendigen Lebensmitteln. Der Leidtragende ist bei allen diesen Sachen die laufende Bevölkerung, und in dieser hat naturgemäß der Arbeiter am schwersten darunter zu leiden, da sein Verdienst, ganz abgesehen von der Arbeitslosigkeit, zu den erhöhten Lebensmittelpreisen nicht zugeschnitten ist. Die Regierung und damit unser ganzes deutsches Vaterland hat ein lebhaftes Interesse daran, die Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung zu mildern resp. zu beseitigen. Darum müssen überall betrefend der Lebensmittel Wege geschaffen werden, die einerseits die Garantie bieten, daß wir mit unseren Lebensmitteln für die Dauer des Krieges aushalten, andererseits die Preise dafür auch so bemessen sind, daß sie eben von der arbeitenden Bevölkerung bezahlt werden können. Es darf bei den zutreffenden Maßnahmen nicht in Erwägung gezogen werden, ob dabei dem einen oder dem anderen wehe getan wird. Die außerordentlichen Kriegs- und Kriegslage erfordert außergewöhnliche Maßnahmen, und da müssen zur Erhaltung des Vaterlandes Opfer aus allen Bevölkerungsschichten gebracht werden. Was besonders not tut, ist, daß Aufklärung in die breiten Massen der Bevölkerung getragen wird, daß man in den einzelnen Familien besonders haushälterisch mit den notwendigen Lebensmitteln umgeht. Tausende von diesbezüglichen Flugschriften sind bereits versandt, aber die mühselige Aufklärung ist doch immer am wirksamsten, und da kann ein jeder an seinem Teil dazu beitragen. Wertvoll sind auch die Maßnahmen, daß die Küchenabfälle namentlich in den großen Städten nicht mehr nutzlos fortgeworfen werden dürfen, sondern in eigens dazu hergestellten Behältern gesammelt und zur Viehfütterung, namentlich der Schweine, Verwendung finden sollen, damit wird man unzweifelhaft den Viehbestand bedeutend erhöhen, was wiederum zur Volksernährung wesentlich beitragen muß. In der letzten Nummer der „Stimme“ haben wir bereits auf die Bebauung des brachliegenden Landes mit Kartoffeln hingewiesen. Die Genossenschaft dazu ist dieserhalb bereits gegründet, und die Beackerung des betreffenden Landes ist in die Wege geleitet worden, man kann nur wünschen, daß viele Kommunen diesem Beispiel der Reichshauptstadt folgen möchten, und so auch ihr Teil zur Beschaffung wichtiger Nahrungsmittel beitragen würden. Auch die Eisenbahnerwartungen sind nicht müßig geblieben, sondern haben teilweise das brachliegende Land zur Bebauung von Gemüsen und dergl. zur Verfügung gestellt. Gerade beim Gemüßbau muß Wert darauf gelegt werden, daß diesbezügliche Anpflanzungen mehrere Male im Jahre geerntet werden können.

England will uns aushungern, dies muß uns stets vor Augen schweben, und da muß eben alles aufgeboten werden, um diese Machinationen zu nichts zu machen. Dies kann aber nicht geschehen, indem man die Gefahr an sich herankommen läßt, sondern indem bei Zeiten Fürsorge getroffen wird, die keine Befürchtung einer Unterernährung des deutschen Volkes aufkommen läßt. Deutschland ist stark genug, um mit den Waffen in der Hand sich seiner zahlreichen Feinde zu erwehren, und wir, die wir aus irgend einem Grunde an den kriegerischen Ereignissen nicht mittun können, wir müssen dafür sorgen, daß die Ernährung des deutschen Volkes ebenso glänzend dasteht, wie mit den Waffen; auf diese Weise tragen wir auch ein Teil des Dankes an unsere Brüder im Felde ab, die täglich unter den größten Strapazen und Entbehrungen ihr Leben für die Freiheit des Vaterlandes aufs Spiel setzen.

## Die Kriegsarbeitersgemeinschaft.

Die Organisation der Arbeitsgemeinschaft vervollständigt sich immer mehr. Für Schlesien und für das Unter- und Emsgebiet sind die Bezirksausschüsse gebildet worden. Es steht deren Bildung nur noch aus für Ostpreußen, Württemberg und das Saargebiet. Die Bemühungen der Bezirksausschüsse sind in erster Linie darauf gerichtet, die gesetzgebenden Körperschaften, die Ministerien und die ausführenden Behörden sowie die Gemeinden zu veranlassen, die bereits genehmigten Bauten zu beschleunigen und Mittel zu weiteren Bauten bereitzustellen. In der Provinz Brandenburg sind zum Beispiel 71 Eingaben versandt worden und in den anderen Bezirken sind die Bezirksausschüsse in gleicher Weise tätig. Die Ortsausschüsse — über 200 an

der Zahl — bemühen sich, die örtlichen Verhältnisse im gleichen Sinne zu beeinflussen. In den Monaten Januar und Februar werden in den Gemeinden, deren Geschäftsjahr vom 1. April bis 31. März läuft, die Haushaltungspläne festgestellt. Es ist den Ortsausschüssen empfohlen, darauf hinzuwirken, daß möglichst weitere Bauarbeiten in die Haushaltungspläne Aufnahme finden, damit der Erwerbslosigkeit nach Möglichkeit vorgebeugt wird.

Auf viele Eingaben gehen schriftliche Antworten ein. Den gemachten Vorschlägen wird die Berechtigung nicht versagt und in den meisten Fällen wird eine Unterstützung der Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft in Aussicht gestellt. Zur besseren Begründung der Vorschläge und um weitere Anregung zu geben, haben eine größere Anzahl Bezirks- und Ortsausschüsse persönliche Vorstellungen für angemessen erachtet.

In nachfolgendem wird ein kleiner Ueberblick aus der bisherigen Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft gegeben und zwar unter besonderer Berücksichtigung der bisherigen Erfolge.

Die Deputation des Bezirksausschusses für die Provinz Pommern wurde vom Oberpräsidenten empfangen. Sie trug ihm ihre Wünsche vor. Der Oberpräsident wies darauf hin, daß der Herr Minister bald nach Ausbruch des Krieges die bauenden Behörden in einem besonderen Erlaß angewiesen hat, die im Haushaltungsplan eingestellten und beschlossenen Bauten während des Krieges in Angriff zu nehmen und bereits angefangene Bauten, die infolge des Krieges stillgelegt sind, nach Möglichkeit zu fördern. Unserer Deputation wurde ausdrücklich versichert, daß schon im Hinblick auf die erlassene Befugnis des Ministers auf Unterstützung unserer Bestrebungen durch die Behörden gerechnet werden könne. Er werde zum Beispiel die drei pommerschen Regierungen veranlassen, unseren Wünschen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Eine gleich freundliche Aufnahme fand die Deputation beim Eisenbahndirektions-Präsidenten. Außer der Förderung etatsmäßiger Bauten konnte er in Aussicht stellen, daß für mehrere hunderttausend Mark Arbeiten im Frühjahr zur Ausschreibung gelangen, die außerhalb des Etats stünden. Der Landeshauptmann für die Provinz Pommern konnte durch seine Baudepartementen mitteilen lassen, daß die Wünsche der Arbeitsgemeinschaft gewürdigt sind. Die im Entstehen begriffenen Bauten werden so schnell wie möglich fortgeführt; zwei weitere größere Bauobjekte befinden sich in Vorbereitung und werden sobald als möglich zur Ausführung gelangen. Wegen Vergebung kleinerer Hochbauten, Chauffee- und Brückenbauten wurde die Deputation an die mit selbständigem Verfügungsrecht ausgestatteten Hochbau- und Tiefämter sowie an die Stadtverwaltungen verwiesen. Die Vorstellung beim Oberbürgermeister der Stadt Stettin gab ebenfalls reichlich Gelegenheit, Wünsche vorzutragen und Anregungen anzubringen. Als besonderes Ergebnis sei erwähnt, daß der Baugenossenschaft neue Mittel zur Verfügung gestellt worden, wodurch die Fortführung einer größeren Anzahl Genossenschaftshäuser ermöglicht wird.

In Mecklenburg hatte der Landtag zunächst nur geringe Mittel für die Vorbereitung von Eisenbahnunterführungsarbeiten eingestellt. Nach unserer Eingabe sind Mk. 400 000 als erste Rate für Bauzwecke zur Verfügung gestellt worden. Ebenso wird die Erweiterungs- und Renovierungsarbeit der Landesirrenanstalt „Sachsenberg“ nunmehr ausgeführt werden. Auch das ist auf die Eingabe der Arbeitsgemeinschaft zurückzuführen.

Die Eisenbahndirektion Erfurt antwortete: „Dem Ziele, zur Behebung der Arbeitslosigkeit die Bautätigkeit des Eisenbahnbaus möglichst zu beschleunigen und zu erweitern, widmen auch wir ernste Aufmerksamkeit. Es sind deshalb nicht nur die in der Ausführung begriffenen Bauarbeiten unbeschränkt fortgeführt, sondern auch eine Reihe neuer Arbeiten in Angriff genommen, die erst für später vorgesehen waren. Andererseits sind einzelne von Ihnen benannte Bauvorhaben noch nicht so weit gediehen, um unmittelbar begonnen werden zu können. Wir stimmen jedoch mit Ihnen darin überein, daß auf tüchtigste Förderung der Bautätigkeit im volkswirtschaftlichen Interesse Bedacht genommen werden muß.“

Dazu kommt, daß die Eisenbahnbrücke Lichtenfels-Coburg-Meinungen-Salzungen zweigleisig ausgebaut wird. Die Arbeitsgemeinschaft darf wohl annehmen, daß auch sie einen Anteil an dem Zustandekommen der Ausführung dieser Arbeiten hat. — In Waltershausen sollte der Real- und Schulbau infolge des Krieges nicht zur Ausführung gelangen. Der Ortsausschuß erreichte aber, daß sich der Magistrat dennoch zur Ausführung entschloß. Der Bau kostet Mk. 45 000. Die Eingabe in Köln, verbunden mit einer Aussprache mit dem Oberbürgermeister führte zur Erörterung der Frage, ob Arbeitgeber und Arbeiter auch dafür bürgen könnten, daß die zur Vergebung gelangenden Bauten bis zu einem bestimmten Termin fertiggestellt würden. Die Frage wurde wohl gestellt, weil zur Zeit in Köln und dem rheinisch-westfälischen Gebiet die Arbeitslosigkeit ganz gering ist. Darauf konnte erwidert werden, daß, sobald die Armierungsarbeiten

in Belgien fertiggestellt sein, das Angebot der Arbeitskräfte in Oden und dem Rheinlande steigen werde, um so mehr, als die private Bautätigkeit immer mehr ins Stocken gerate und die dort überflüssig werdenden Arbeiter arbeitslos würden. Daher rechtfertigt sich die Inangriffnahme städtischer Bauten um der zu erwartenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Dem ist noch hinzuzufügen, daß es selbst dann eine soziale Pflicht der Behörden ist, jede nur mögliche Arbeit in Angriff zu nehmen, wenn im engeren Bezirk Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten wäre. Dafür gibt es in anderen Bezirken eine erschreckend große Zahl Arbeitsloser, für die Arbeit zu beschaffen ist. Die besondere Notlage der kleineren und mittleren Unternehmer wurde ebenfalls besprochen. Es wurde zugesagt, daß auch diese Wünsche berücksichtigt werden sollen. Die Neubauten sechs großer und vier kleiner Schulen, zu deren Errichtung ca. sechs Millionen Mark bewilligt sind, werden sofort zur Ausschreibung gelangen. Des weiteren wird in Aussicht gestellt, daß bei der Beratung des nächstjährigen Etats — im Februar — für weitere größere Arbeiten die dazu nötigen Mittel gefordert werden würden.

Besonders rühmlich ist der Crefelder Ortsausschuß. Er richtete seine Eingaben an zwölf Bürgermeistereien, sechs Kreisverbände, an die gemeinnützige Baugenossenschaft und an industrielle Werke. Er erreichte unter anderem, daß Innenarbeiten in einem Umfang zur Ausführung kommen, wie es sonst nicht der Fall gewesen wäre. Das Stahlwerk antwortete: „Zu Ihrer Orientierung teilen wir Ihnen mit, daß wir zur Zeit größere Bauten beziehungsweise Neuanlagen vergeben haben.“ Der Bürgermeister der Stadt Kempen a. Rh.: „Die diesseitige Unterstützung ist Ihnen im Sinne Ihrer Eingabe an die königliche und Provinzialbehörden bereits zuteil geworden, indem die hiesige Verwaltung trotz der überaus schwierigen Geldbeschaffung die Weiterführung zweier großer Bauten — eines Volksbades mit Schwimmhalle und eines Krankenhauses — für zusammen Mt. 5000 000 durchgeführt hat. Einer weiteren Förderung können Sie gewiß sein.“

Im gleichen Sinne antwortet der Bürgermeister der Stadt Neuf. In Remscheid ist auf Anregung des Ortsausschusses der Schulneubau begonnen worden.

Der Ortsausschuß in Karlsruhe wurde beim Finanzministerium und bei der Badischen Eisenbahndirektion vorstellt. Von den maßgebenden Körperschaften wurde ihm erklärt: Zur Behebung der Bautätigkeit soll das möglichste geschehen.

Ueber weitgehendstes Entgegenkommen berichtet die Deputation für Baden-Baden. Der Oberbürgermeister äußerte dem Sinne nach, daß es in dieser Zeit zu den Pflichten des Staates und der Gemeinden gehöre, für Arbeitsgelegenheiten zu sorgen. Demzufolge habe der Stadtrat vorzuzugreifen gesucht. Der Umbau des Kurhauses wird weiter durchgeführt. Der Schulhausneubau in Lichtental ist vergeben und der Neubau des Krankenhauses wird alsbald begonnen. Neben andern bestimmten Kanalbauten ist ein großer Kanalbau von Baden-Baden nach dem Rhein in Vorbereitung, der bestimmt in diesem Jahre begonnen wird. Zur Schaffung der Arbeitsgelegenheit der Maler im Winter werden die vielen Gartenmöbel mit neuem Anstrich versehen und die Unterhaltungsarbeiten an den städtischen Gebäuden in Angriff genommen, damit für alle Baunehengewerbe Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Den weiteren Anregungen der Arbeiter wurde Erfüllung zugesagt.

Aber nicht überall sind die Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen. In Breslau fördert ein großes kommerzielles Unternehmen seinen in Angriff genommenen Bau, der am Ringe ausgeführt werden soll, nicht, und gibt damit ein schlechtes Beispiel für soziale und volkswirtschaftliche Pflichterfüllung in dieser ernsten Zeit. Die Ratsschlüsse, daß jeder nach Kräften dazu beitragen soll, das Wirtschaftsleben zu heben und die Kaufkraft des Volkes zu stärken, bleiben unter solchen Umständen unberücksichtigt.

Aus Sachsen wird berichtet, daß in Mittweida der Straßenbahnbau Mittweida-Limbach bis nach dem Kriege zurückgestellt ist. Der Bau des Technikums, der durch die Stadt ausgeführt wird, ist bis zum Kellergerüst fertiggestellt und wird weitergeführt. Ein Fabrikneubau und die Arbeiterhäuser des Fabrikanten Reidenmüller sind gleichfalls bis nach dem Kriege zurückgestellt. In Leipzig liegen zur Zeit über 40 Bauten seit Beginn des Krieges vollständig still. Die Baugenossenschaft „Marienbrunn“ beabsichtigte 22 Häuser zu errichten. Die Ausführung muß unterbleiben, da die erforderlichen Baugelder nicht bereitgestellt werden können. Für Borna, Zwickau, Annaberg und Rochlitz sind Bahnhofsbauten geplant und die Mittel bereits 1914 bewilligt. Die Bauten sind aber noch nicht in Angriff genommen. Solche Beispiele könnten noch mehr angeführt werden. Sie zeigen, daß den Bezirks- und Ortsausschüssen noch ein weites Gebiet für ihre Tätigkeit offen steht. Ihrem unablässigen Drängen wird und muß es in den meisten Fällen gelingen, die Wiederaufnahme und die Fortführung wenigstens der öffentlichen Arbeiten herbeizuführen.

Mit den sichtbaren Ergebnissen der arbeitgemeinschaftlichen Tätigkeit sind die tatsächlichen Erfolge nicht erschöpft. So manche erfolgreiche Einwirkung bleibt dem Zentralausschuß verborgen. Ebenso wenig läßt sich der moralische Einfluß wägen, dann zweifellos das Vorhandensein der Arbeitsgemeinschaft zugunsten der Sache ausübt. Das Bekanntwerden der Aufgaben und Ziele der Arbeitsgemeinschaft wird in manchem Bureau und für manchen leitenden Kopf einer öffentlichen Gemeinschaft die erste Anregung gewesen sein, auch seinerseits zur Behebung der Wirtschaft durch Förderung der Bauarbeiten beizutragen.

Mit der erreichten Beeinflussung der öffentlichen Bautätigkeit kann man also zufrieden sein. Anders steht es aber mit dem Einfluß auf die Entwicklung der privaten Bautätigkeit. Hier ist kein Fortschritt zu verzeichnen. Da aber dieser Zweig der Bautätigkeit den weitaus größten Teil des gesamten Baulebens umfaßt, so hängt es im wesentlichen von dem Beschäftigungsgrade in dieser Sparte ab, ob und in wie hohem Maße der Erwerbseffizient der vom Baugewerbe abhängigen Personen entgegengewirkt werden kann. Die Arbeitslosigkeit wird, nach den Berichten aus den einzelnen Bezirken zu schließen, in nächster Zeit einen größeren Umfang annehmen. Die öffentlichen Arbeiten gehen immer mehr der Vollendung entgegen, wofür die in Angriff genommenen nicht vollen Ersatz bieten. Die private Bautätigkeit gerät aber immer mehr ins Stocken, da neue Arbeiten fast nirgends begangen werden.

Es ist bekannt, welchen Einfluß die Kreditverhältnisse auf das Baugewerbe ausüben. Es ist auch bekannt, daß diese bereits vor dem Kriege recht schwierig waren und daß jetzt die Beschaffung von Hypotheken und Baugeldern zu mäßigem Zinsfuß noch schwieriger geworden ist. Zur Verschlechterung der Lage trägt der Krieg auch insofern bei, als er an sich die Unternehmungslust hemmt und weite Kreise genötigt werden, die Wohnungsbedürfnisse einzuschränken. Der Zentralausschuß ist deshalb bemüht, die kapitalkräftigen Stellen zur Herabgabe von Mitteln zu mäßigem Zinsfuß und günstigen Bedingungen zu bewegen. Solche Eingaben sind gerichtet worden: 1. an den Deutschen Sparfassenverband, 2. an den Präsidenten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und 3. wurde dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes in einer Audienz Vortrag über diesen Gegenstand gehalten. Die Absicht, mit den deutschen Hypothekendarlehen zu verhandeln, konnte noch nicht ausgeführt werden.

Der Vorstand des deutschen Sparfassenverbandes hat in seiner amtlichen Zeitschrift „Sparkasse“ unsere Eingabe veröffentlicht und ihre Erfüllung den Sparfassen aufs wärmste empfohlen. Die direkte Anforderung auf Gewährung von Hypotheken usw. ist an die Sparkasse des betreffenden Ortes zu richten. Die Ortsausschüsse müssen im Bedarfsfalle das Erforderliche veranlassen. In einigen Städten ist bereits etne Hilfe durch Sparfassen, Vorschußbanken und Darlehenskassen in Aussicht gestellt.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes wurde gebeten, das Amt möge den Landesversicherungsanstalten empfehlen, während des Krieges Hypothekendarlehen zu mäßigen Bedingungen zu geben. Der Herr Präsident erkannte die Notwendigkeit an, die Arbeitslosigkeit während des Krieges einzuschränken. Der Erfüllung der vorgetragenen Wünsche stehen formelle und grundsätzliche Bedenken nicht entgegen. Aus diesen Gründen würde er gern im Sinne unseres Antrages wirken, wünscht aber, daß zuvor für den Bezirk jeder Landesversicherungsanstalt eine Darstellung über die voraussichtliche Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1915 unterbreitet wird.

Die Bezirks- und Ortsausschüsse sollten nunmehr auch für die Förderung der privaten Bautätigkeit tun, was in ihren Kräften steht.

Der Vollständigkeit wegen sei noch erwähnt, daß weitere Eingaben erforderlich wurden. Der deutsche Holzverbrauch ist von ausländischen Holzmärkten abhängig. Im Jahre 1910 wurde der Bedarf an Bau- und Kuchholzern mit 67 Millionen Doppelzentnern durch einheimische Gewinnung gedeckt. In einer Eingabe an das Preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wird gebeten, zu prüfen, ob die Gefahr eines Mangels an Holz für Bauzwecke im Jahre 1915 zu erwarten ist. Gegebenenfalls möge durch rechtzeitige Anordnung von Holzschlägen diese Gefahr abgewendet werden, wobei auch einer größeren Zahl Arbeitsloser der notwendige Lebensunterhalt geboten würde.

In die Ministerien der anderen Bundesstaaten die gleichen Eingaben zu richten, ist den Bezirksausschüssen anheimgestellt.

In mehreren Bezirken ist infolge des Krieges ein Vermangel eingetreten. Dadurch wurde der Transport der Baumaterialien gehemmt, was zur Verzögerung der Fortführung und Inangriffnahme von Bauten führt. Zur Behebung dieses Mangels ist das Preussische Kriegsministerium gebeten worden, daß ebenso wie die Landwirtschaft auch das Baugewerbe und das Baumaterialientransportgewerbe zum Anlauf von kriegsunbrauchbaren und Beuteperden zugelassen wird.

Hermann Silberbach d. t.

## Ein interessantes Eingefändnis.

Fritz Kummer, der Verfasser des in Gewerkschaftskreisen viel gelesenen Buches „Eines Arbeiters Weltreise“, hat in der „Metallarbeiterzeitung“ zwei Artikel veröffentlicht, die uns eine Erklärung dafür geben, daß die Deutschen im Auslande als „Barbaren“ verschrien sind. Die Arbeiten Kummers verdienen um so mehr Beachtung, als er viele Jahre in den verschiedensten Ländern, auch in fremden Erdteilen, gearbeitet hat, sein Urteil also nicht als Theoretiker, sondern als Praktiker fällt.

In den feindlichen Ländern, so etwa wird da ausgeführt, sieht man sich uns gegenüber in einer kulturellen Ueberlegenheit. Auch bei uns wird „diese Mär“ in Arbeiterkreisen geglaubt. Das ist aber nach Kummer ein Aberglaube.

„Ob man nach Paris, in „die Stadt des Lichts“, oder nach London, die reichste Stadt der Welt“ kommt, oder nach Nordfrankreich, oder nach England, überall findet man große Stadtviertel, ganze Industriestädte, die dreifacher, vierfacher, abstoßender, gesundheitschädlicher sind als daheim die erbärmlichste Gasse. Dadurch wird die mitgebrachte hohe Meinung von der kulturellen Ueberlegenheit des fremden Landes schon erschüttert; was dann noch übrig bleibt, vertreibt der Anblick der Jammerbilder in allen Straßen: lange Scharen bettelnder Kinder, zerfetzter Menschen, hilfloser Krüppel; an den Wohlthatigkeitsanstalten lange Reihen Hungeriger, im Nachtasyl einen lebenden und toten Inhalt, der Entsetzen treibt.

Was diesem Elend erst seine ganze Schaurigkeit gibt, ist, daß man nichts von entschloffenen Wirken dagegen merkt, sondern nur Gleichgültigkeit, Bettelsuppen, frommes Salbadern oder revolutionären Prahlensschleim. An dieser Traurigkeit der Zustände sucht man schon zu ermessen, wie gering in diesen demokratischen Ländern für das Proletariat die Möglichkeit oder der Wille ist, die herrschende Klasse zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Wie dem nun auch sei, sagt man sich, die Rechtsgleichheit ist hier doch größer als in Deutschland. Dabei bleibt, bis man den ersten Streik erlebt. Dann wird man aber zu seinem Schrecken gewahr, wie schnell in diesen so vielgeliebten Freiheitsländern die Soldateska gegen die Arbeiter marschiert, wie die Maschinengewehre aufstauen, wie die Flinten schießen und der Polizeiknüppel faßt.

In Unbetracht alles dessen muß man sich fragen: Wenn die Regierung dieses demokratischen Landes schon dermaßen rücksichtslos gegen die Arbeiterschaft vorgeht, die nach Zahl und Mitteln verhältnismäßig schwach organisiert ist, oder die patriotisch gesinnt, nicht die Staatsform bedroht, regelmäßig zur Kirche geht, kurz aus proletarischen Mustern besteht, wie würde sie erst gegen eine Arbeiterschaft wüten, die über eine zahlenmäßig und finanziell kraftvolle Organisation verfügt und die die Staatsform und den Kapitalismus grundsätzlich bekämpft?

Also mit der kulturellen Ueberlegenheit unserer Feinde ist es nichts. „In Kultur und politischer Freiheit kann sich Deutschland getrost neben alle Industriestaaten der Welt stellen.“ Und dann zum Schluß kommt der Verfasser zur Beantwortung der Frage, wie es möglich ist, daß diese falsche Meinung über Deutschland und die Deutschen entstehen konnte.

„Wenn wir trotz alledem jetzt auf dem ganzen Erdrund herzlich wenig treue Freunde finden, wenn ehrliche Zuneigung zu unserem Lande in verteuert dünnen Halmen gewachsen ist, wenn Genossen von Ländern mit sechs Zehntel Alphabeten glauben berechtigt zu sein, uns die kulturelle oder sozialistische Würde abzusprechen zu dürfen, wenn unser Heimatland ohne die Werkkraft des liberalen Rufes diesen furchtbaren Krieg durchzuhalten muß, so ist das nicht einzig und allein der Unmöglichkeit unserer herrschenden Klasse, moralische Eroberungen zu machen, zuzuschreiben, auch wir, die organisierte Arbeiterschaft, tragen Schuld daran. In der Tat!

Unsere Kritik an den Zuständen unseres Landes war und ist notwendig, und sie wird selbstverständlich auch ferner unbedingt notwendig sein; allein sie war zuviel auf Verneinung gestimmt. Dabei kamen aber das tatsächlich Gute, das Besserwerdende, unsere Errungenschaften viel zu kurz. Unsere ägende

## Seldpostbriefe.

### Auf nach Brüssel.

Am 30. August war die Stunde des Scheidens gekommen. Nach reichlichen persönlichen Erwartungen came ich endlich der Landung ein. Ich stand unter wehigenährten, die Handwerker, keine haben wir so nicht. Die meisten von uns werden lieber schlafen als hier sein.

Nun beginnt eine Zeit schwerer Kriegsmärche. Die Kleinen unter uns sind mehr als 35 Jahre. Der Durchschnitts-Landeswehrmann ist 56 Jahre. Bisher hat man selten bemerkt, daß man über die Zeit von 20—25 hinaus ist. Nun, unter dem Druck des schweren Tornisters, eines 30-Kilogramm-Marsches, der harten Hitze, wech man mit Schreien, daß man als gewohnt ist.

Der schwere Marsch war der erste Tag, der Marsch über „Lons, Lons, Lons“ nach Spa. Die Märsche dauern eine Woche und führen uns von Spa über Lons hinaus. Da brachten wir den ersten Tag, der auf dem 1814 die preussischen Soldaten begleitete zur Schlacht bei Waterloo, und wo 14 Tage vor uns ein französischer Heerführer bei Waterloo gegen Belgische Soldaten kämpfte. Ein Spalier von Soldatenführern begleitete uns den Weg entlang. Dann ging der Weg durch Teile des alten Löwen. Wir haben nicht die Gegend recht, die wir nach links abwärts führen, aber die am schlimmsten verunreinigten Teile, besonders die Straßeneinmündung von Dikelen, haben wir zu vermeiden. Ein schauerliches Bild. In einem engen Straßenzuge herrschte über uns ein schwarzes, schweres, unheimliches Zwischengedächtnis.

„Zuchthaus“, so lautet eine deutsche Zuchtschrift. Die Einzigen, die hier untergebracht blieben, waren also die Zuchthäuser. Ihr Heim war die Erde in der Wüste der Zerstörung. Im übrigen ist Löwen lange nicht in dem Maße verwüstet, als man aus den Berichten aus deutscher Blätter annehmen sollte. Weniger als ein Viertel ist tatsächlich unbewohnbar gemacht. — Eine Woche nach unserem Ausmarsch liegen wir vor den Toren Brüssels, in einem entfernteren Ort, nahe dem Schlachtfelde bei Waterloo von 1814.

Gemeiner an dem, was wir später bei den Schlachten vor Paris erleben, waren wir hier meist noch glänzend untergebracht. Wir hatten fast jeden Abend eine Scheune, hatten Stroh und die Bauern kamen uns meist freundlich entgegen, kochten uns Kaffee, Abendessen. Wir bezahlten redlich, was wir erhielten und schieden in Frieden. In jenen Tagen aber, in denen uns die heimatischen Erinnerungen noch näher standen, wie die Kriegstruppen, meinten wir, es ginge uns recht schlecht. Zu Dikelen kam das ganze Baraillon für zwei Tage zum Quartier in eine Zuchtschule. Das waren tiefe Lagerräume, mit Balken von Holz- und Stahlpfeiler vollgepfropft. Auf den Säden war unter Lager. Die Soldaten stellten freiwillig eine Menge Kisten mit Wäsche zum Verfügen. Das waren „süße“ Tage, aber harter Stahlpfeiler im Saal ist hart wie Eisen. Am zweiten Tage traten wir uns abends auf den Säden aus, als wir plötzlich den Säden über die Wellblechdächer kriechen hören. Nach langem Hin und Her stellte sich heraus, daß einige Leute glaubten, Zivillisten auf den Dächern gehen zu haben. Schnell war daraus die Furcht vor Attentaten gegen uns entstanden. Und nun leuert ein Jugendmann von uns über die Dächer, um diese Franzosen zu erwischen. Es dauerte an zwei Stunden, bis dieser aufregende Zwischenfall ganz erledigt war.

In Drogenbosch bei Brüssel lagen wir bei einem Gärtner in Quartier, der uns auf dem Speicher unterbrachte. Da Mann und Frau geflüchtig englisch sprachen, so konnte ich als Vermittler der Unterhaltung dienen. Der Sohn dieser Familie war acht Tage vor unserem Erscheinen und einen Tag vor dem Einzug der ersten deutschen Truppen in die belgische Armee eingetreten. Die Eltern mußten damit rechnen, daß ihr Sohn uns morgen gegenübersteht und von uns erschossen wird. Trotzdem hat die Mutter uns mit der größten Aufopferung gepflegt!

## VI.

### Nach Frankreich.

Unser bisheriger Auftrag war der, hinter den kämpfenden deutschen Kerntruppen einher, in Tagesmärschen von etwa dreißig Kilometern allmählich nach Frankreich zu ziehen. Da aber vor Anfang September ab unsere Truppen mit besonderer Wucht nach Paris vorstießen, wurde es nötig, die Etappenstruppen schneller und weiter in Frankreich hineinzuschleichen. Schon begann auch die Ansammlung der französisch-englischen Heere vor Paris, die es dringend erforderlich machte, den beiden deutschen Armeen von Kluck und Bülow neue Verpflegung zuzuführen. So erreichte uns in Drogenbosch der Befehl, am nächsten Tage, einem Sonntag, um 9 Uhr früh am Bahnhof Brüssel-West den Zug zu besteigen nach der just gefallenen französischen Festung Cambrai. Vom Quartier bis Bahnhof gab das für Sonntag früh einen Marsch von neun Kilometern mitten durch Brüssel hindurch, über die Chaussee de Waterloo, die Rue du Midi und wie die Straßen alle hießen. Der Einzug in die Hauptstadt eines fremden Landes hat im Kriege seine besondern jechlichen Wirkungen auf die Truppe. Unsere Landwehr II hat da am frühen Morgen die Brüsseler Bewohner durch schneidigen Ge-

Kritik aber lieferte dem Ausland, besonders den uns jetzt Kultur, sozialistische Würde und was sonst noch absprechenden ausländischen Genossen den Stoff zum Witze, das sie uns nun als das Deutschlands, nein, als unser eigenes vorhalten. Von dem, was diesem Witze anziehende Formen, leichtere Töne hätte geben können, erhielten sie zu wenig, nein gar nichts von uns. Schade! Denn kaum in einem anderen Lande der Welt ist in den letzten paar Jahrzehnten der wirtschaftliche, soziale und geistige Fortschritt des arbeitenden Volkes so groß gewesen; nirgends ist der bessernde, kulturverfeinernde Einfluß der organisierten Arbeiterklasse in Staat, Land und Gemeinde, derart gestiegen, in Fabrik, Straße, Familie, Volksfürsorge, Schriftwesen so allgemein zu spüren wie in Deutschland.

Dies und noch vieles Ähnliches zu sagen, hätten wir über unsere Kritik nicht unterlassen dürfen; und wir hätten es der Welt mit aller Deutlichkeit verkünden müssen. Aber ebenso deutlich, nein noch viel deutlicher hätte beigefügt werden müssen, daß diese Verbesserungen, Fortschritte, Erfolge einzig und allein der eigenen Kraft, der rastlosen Tätigkeit unserer Gewerkschaften und der Partei, kurz der organisierten Arbeiterkraft zu verdanken sind.

Das ist nicht geschwiegen. Die Bescheidenheit hieß uns schweigen. Leider. So wurde der bezahlten Heppresse die Verleumdungsarbeit erleichtert. So mußte die schlechte Meinung der Welt von den Zuständen unseres Landes erhalten, verschlimmert werden. So konnte sich in den Köpfen ausländischer Genossen der scheußliche Wahn festsetzen, der Sieg des Faschismus und seiner Verbündeten über Deutschland sei nicht nur ein Segen für sie, sondern vor allem auch für uns.

Abgesehen von der Bemerkung, daß alle Verbesserungen und Fortschritte den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei zu verdanken seien, wird man dem Verfasser wohl zustimmen können. Namentlich auf internationalen Kongressen ist von den Gestimmten alles getan worden, Deutschland in ein recht schlechtes Licht zu rufen. Wenn das nach dem Kriege anders werden soll, so kann es nur mit Freuden begrüßt werden. Auch in einem Teil der sozialdemokratischen Parteipresse sind die Kummererischen Ansichten in zustimmendem Sinne abgedruckt worden. Warten wir also ab, ob die sich jetzt Bahn brechende Erkenntnis sich auch später Geltung zu verschaffen vermag. („Gewerkvein“)

### Auch freiwillige Krankenunterstützung privater Hilfskassen ist vom Krankengeld der Ortskrankenkassen zu kürzen.

Grundständige Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 16. November 1914.

Die wichtige Frage, ob auch die ohne Rechtsanspruch gewährten Krankenunterstützungen von privaten Vereinen und Verbänden von den Ortskrankenkassen auf das Krankengeld gemäß § 189 der Reichsversicherungsordnung angerechnet werden dürfen, war bisher noch umstritten. Jetzt hat sie das Reichsversicherungsamt in grundlegender Entscheidung mit ausführlicher Begründung bejaht:

Der Kläger war als Mitglied der klagenden Ortskrankenkasse in der Zeit vom 16. Januar 1914 bis 7. Februar 1914 krank und arbeitsunfähig. Das Krankengeld betrug lautungsgemäß für diese Zeit insgesamt 50 Mark. Während der gleichen Zeit erhielt der Kläger von dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Unterstützungen von zusammen 30 Mark. Die Beklagte zahlte dem Kläger an Krankengeld nur 37,50 Mark aus. Die Zahlung des Restes wurde mit der Begründung verweigert, daß die dem Kläger von dem Fabrikverband gewährte Unterstützung als Krankengeld aus einer anderen Versicherung im Sinne des § 19 Abs. 1 der Krankenkassengesetz (§ 189 R.V.O.) anzusehen und das Krankengeld der Kasse daher entsprechend zu kürzen sei. Der Kläger beschritt den Instanzenweg, erhielt aber sowohl vom Versicherungsausschuß, als vom Reichsversicherungsamt billigte die Auffassung der Vorinstanzen. In seinen Entscheidungsgründen weist es zunächst auf die Entstehungsgeschichte des § 189 R.V.O. hin. Danach ist bei der Beratung des Entwurfs in der Reichstagskommission sowohl wie im Plenum für den § 189, welcher lautet: „Erhält ein Versicherter Krankengeld gleichzeitig aus einer anderen Versicherung, so hat die Krankenkasse ihre Leistung so weit zu kürzen, wie hinter dem Worte „Versicherung“ beantragte Zusatz, die ihm einen Rechtsanspruch auf Krankenhilfe gibt“, ausdrücklich abgelehnt worden. Wenn daher, führt das Reichsversicherungsamt aus, die Rechtsprechung bisher unter der Herrschaft des Krankenversicherungsgesetzes (§ 26 a Absatz 1) angenom-

men habe, daß ein Rechtsanspruch auf das andere Krankengeld vorliegen müsse, so ergebe sich aus der Entstehungsgeschichte des § 189, daß die gesetzgebenden Organe in dessen unveränderter Fassung einen anderen als den ursprünglichen Sinn hineingelegt hätten. Der Rechtsprechung seien damit zwingend andere Wege gewiesen. Die Entscheidungsgründe des Reichsversicherungsamtes fahren dann, nachdem die Freiwilligkeit der Leistungen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands festgestellt worden ist, in ihren Hauptpunkten wörtlich fort:

Für die hier vertretene sachliche Auffassung sprechen aber auch beachtliche innere Gründe. § 189 R.V.O. will verhindern, daß Versicherte während der Arbeitsunfähigkeit besser gestellt sind, als in gefunden Tagen. Daher wird eine Doppelversicherung über den Durchschnittsbetrag des täglichen Arbeitsverdienstes hinaus für unzulässig erklärt. Dadurch soll zugleich der Simulation begegnet werden. Dadurch wird auch das unerwünschte Ergebnis vermieden, daß Mitglieder von Gewerkschaften und ähnlichen Vereinen, die einen Rechtsanspruch auf Unterstützung bei Krankheit gewähren, hinsichtlich ihres Krankengeldanspruches gegen die Krankenkasse besser gestellt sind als die Angehörigen solcher Vereine, welche keinen Rechtsanspruch gewähren, die Unterstützung aber gleichwohl regelmäßig auszahlen.

Als Versicherung im Sinne § 189 R.V.O. ist daher jede Einrichtung anzusehen, die sich tatsächlich und wirtschaftlich als eine solche darstellt. Als Krankengeld aus solcher Versicherung muß jede Unterstützung gelten, die für den Fall der Krankheit gewährt wird. Ein Rechtsanspruch darauf braucht nicht zu bestehen; es genügt, daß der Versicherte auf sie nach dem regelmäßigen Laufe der Dinge tatsächlich annähernd mit der gleichen Gewißheit rechnen kann, wie auf den Bezug eines rechtlich gesicherten Krankengeldes. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands stellt sich, soweit er Erwerbslosenunterstützung gewährt, nach Zweck und Aufbau als Versicherung in dem erörterten Sinne dar. Auch die Sicherheit des Bezugs der Erwerbslosenunterstützung ist genügend gewährleistet. Wenn auch kein Rechtsanspruch darauf besteht, so steht den Mitgliedern doch ein gewisser tatsächlicher Anspruch auf sie zu. Die Voraussetzungen für die Gewährung sowohl für den Verlust der Unterstützung sind in der Satzung genau bestimmt; auch ist im § 16 daselbst mehrfach von dem „Anspruch“ auf Unterstützung die Rede. Mit Recht hat das Reichsversicherungsamt angenommen, daß die in § 2 Nr. 3 der Satzungen bestimmte Freiwilligkeit der Leistungen durch die Bestimmungen des § 16 „in Frage gestellt“ sei. Hiernach konnte die Beklagte dem Kläger das Krankengeld innerhalb der Grenzen des § 189 kürzen. (Wtzengeichen II a. R. 11/14; Vgl. Volkst., Zeitschrift für Arbeiterversicherung Jahrgang 1915 S. 20 ff.)

### Rundschau.

#### Zur Unterstützung von Familien der Kriegsteilnehmer.

Der Reichszentralrat (Reichsamt des Innern) hat in einem Rundschreiben vom 30. Januar 1915 an die Bundesregierungen weitere Grundzüge über die Gewährung von Unterstützungen an Familien von Kriegsteilnehmern aufgestellt. Hervorzuheben ist, daß der Personenkreis der anspruchsberechtigten Personen eine weitere Ausdehnung erfahren hat. Aus dem Rundschreiben lassen wir die wesentlichen Punkte folgen:

1. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind von der Gewährung von Familienunterstützungen ausgeschlossen die Familien derjenigen Mannschaften, die in Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht sich befinden. In Zukunft sollen auch anspruchsberechtig sein die Ehefrauen und die ehelichen und den ehelichen gleichstehenden Kinder unter 15 Jahren sowie die unehelichen Kinder derjenigen Mannschaften, die zurzeit ihre aktive Dienstpflicht erfüllen.

2. Bisher werden den Angehörigen aller derjenigen Mannschaften, die infolge der kriegerischen Ereignisse nicht mehr in der Lage waren, in die Heimat zurückzukehren, Unterstützungen gewährt, sofern glaubhaft gemacht wird, daß die Mannschaften als Gefangene im feindlichen Auslande zurückgehalten werden, wobei kein Unterschied zu machen ist, ob sie vom Feinde als Kriegs- oder Zivilgefangene behandelt werden. Den Angehörigen dieser Mannschaften sind in Zukunft gleichzustellen die Familien aller derjenigen im wehrpflichtigen Alter stehenden männlichen Personen, die sich in neutralem Auslande aufhalten und infolge von feindlichen Maßnahmen nicht ins Lande waren, in die Heimat zurückzukehren, sowie die von den Feinden verschleppten im wehrpflichtigen Alter stehenden Mannschaften.

3. Die schuldlos geschiedene Ehefrau, der nach § 1578 des BGB. der Mann den Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist, ist unter den übrigen Voraussetzungen in Zukunft zu unterstützen.

4. Die nicht militärisch ausgebildeten, gemäß § 32 Ziff. 2 der Wehrordnung wegen bürgerlicher Beschäftigung, insbesondere als die einzigen Ernährer hilfloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern und Geschwister oder nach § 99 Ziff. 2 a. a. L. zurückgestellten, aber später einberufenen Mannschaften erfüllen ihre gesetzliche aktive Dienstpflicht; die Unterstützung ihrer Angehörigen kann nur in der in Ziffer I vorgesehenen Beschränkung erfolgen. Das gleiche gilt hinsichtlich der nicht reklamierten, beim Kriegserlassgeschäft ausgeübten und später eingestellten militärpflichtigen Mannschaften.

5. Diejenigen Mannschaften, die auf Reklamation vorzeitig entlassen worden und militärisch ausgebildet sind (Wehrordnung § 82, 5 c), treten gemäß § 14 Ziffer 4 der Wehrordnung zur Reserve über. Falls diese Mannschaften in den Seeresdienst eintreten, ist den Angehörigen die reichsgesetzliche Unterstützung zu gewähren.

6. Von verschiedenen Seiten sind Zweifel darüber erhoben worden, ob bei der Prüfung der Bedürftigkeit innerhalb der in § 2 Abs. 1 a. a. D. genannten Gruppe von Personen unterschieden, d. h. die Unterstützung für die Frau verjagt, für alle oder einige Kinder aber gewährt werden kann. Eine solche Unterscheidung ist nicht gerechtfertigt, da das Gesetz die Familien mindestens in der Zusammenfassung der in § 2 Abs. 1 a. a. D. bezeichneten Personen als eine Einheit betrachtet. WTB.

#### Der Beschäftigungsgrad in Berlin.

Nach dem soeben erschienenen 20. Wochenbericht des Statistischen Amtes in Berlin stieg die Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Mitglieder von 238 Krankenkassen Groß-Berlins in der Woche vom 16. bis zum 23. Januar von 1 060 734 auf 1 067 519, d. i. um 6785 oder 0,64 Prozent. Insbesondere betrug die Zunahme beim männlichen Geschlecht 1765 oder 0,30 Prozent, während sie beim weiblichen Geschlecht mit 5020 oder 1,04 Prozent erheblich größer war. Die 28 Allgemeinen Ortskrankenkassen weisen im ganzen eine Entwicklung um 5198 oder 0,81 Prozent auf, die 207 gewerblich gegliederten Kassen eine solche um 1470 oder 0,36 Prozent, die dadurch besonders beachtenswert ist, daß sie wesentlich unter dem Einfluß des männlichen Geschlechtes zustande kam, bei welchem die Zunahme 1112 oder 0,39 Prozent gegen 358 oder 0,30 Prozent bei den Frauen betrug. Die Zahl der versicherungspflichtigen stieg insbesondere bei der Metall- und Maschinenindustrie um 1240 Männer und 305 Frauen, wodurch ein Zunahmeverhältnis im ganzen 0,83 Prozent bedingt ist. Verhältnismäßig größer noch war die Entwicklung u. a. in der Papier- und Lederindustrie mit + 422 oder 2,87 Prozent, in der chemischen Industrie mit + 251 oder 1,73 Prozent, bei der Holzbearbeitung usw. mit + 188 oder 1,26 Prozent. Eine nennenswerte Abnahme der Zahl der Beschäftigten ist mit 451 oder 1,89 Prozent bei der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel festzustellen, wo sie wesentlich durch das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien herbeigeführt ist. Die noch größere Abnahme des Beschäftigungsgrades im Baugewerbe um 788 oder 7,91 Prozent ist in der Hauptsache die Folge des eingetretenen Frostwetters.

Aus den dem Bericht gleichfalls zu entnehmenden Angaben von 39 Verbänden der Freien Gewerkschaften über die Zahl der bei ihnen vorhandenen Arbeitslosen ergibt sich eine Abnahme von 13 410 am 18. auf 12 818 am 25. Januar, d. i. um 592 oder 4,41 Prozent. Die größte Abminderung — um 469 — zeigen die Holzarbeiter, die Metallarbeiter mit — 200. Demgegenüber ist eine Zunahme der Arbeitslosenzahl festzustellen u. a. bei den 6 Verbänden der Bauarbeiter um zusammen 125, bei den Buchbindern um 65, bei den Kürschnern um 57, bei den Bäckern um 38.

#### Arbeitslosigkeit in New-York.

Nach einem Bericht der „New-Yorker Staatszeitung“ sind allein 387 000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen in New-York stellenlos. Man schätzt, daß annähernd eine halbe Million Personen beschäftigungslos sind und daß die Gefahr vorliegt, daß die Zahl noch größer werden wird, wenn nicht unverzüglich passende Schritte ergriffen werden.

Die Zahl der beschäftigungslosen Mitglieder der „Vereinigten Jüdischen Gewerkschaften“ wird auf 225 000 angegeben. Die meisten derselben sind Schneider und Schneiderinnen, davon allein 40 000 Mäntelschneider und Schneiderinnen.

Außerdem sind arbeitslos: 5000 Seelente, 16 000 Frachtwagenverlader, 19 000 Zigarrenmacher, 14 000 Schreiner, 5000 Maurer, 10 000 Maler, Anstreicher und Tapezierer, etwa 3000 Arbeiter im Druckereigewerbe und unzählige Lohnarbeiter, welche keiner Gewerkschaft angehören.

lang aus dem Schlummer geweckt. Fast aus jedem Hause wehte die belgische Fahne, wie ein stiller, aber berebter Protest gegen die deutsche Besetzung. Die Straßen mit all den Fahnen machten den Eindruck, als feiere Brüssel ein großes Fest. Von acht Uhr ab gab es große Menschenansammlungen in den Straßen, an denen wir jugend und lachend vorbeizogen. Um 9 Uhr besaßen wir den Zug, gegen 11 Uhr setzte er sich endlich in Bewegung.

Es gibt kaum noch etwas Langweiligeres auf der Welt, als militärische Transporte in Feindesland. Sie gehen mit einer furchtbaren Durchschnittsgeschwindigkeit von 6—8—10 Kilometer. Manchmal halten die Züge stundenlang auf der Strecke. Der starke Verkehr, die verhältnismäßige Unsicherheit auf just erbitterten Bahnstrecken, die nötige Vorsicht sind die Ursache des langsamen Fortschritts. Wir fuhren von Brüssel über Bergen, Cambray nach Huy, eine Strecke von vielleicht 200 Kilometer, fast zwei volle Tage und Nächte und mußten immer sitzen dabei.

Auch das ging vorüber und nun sitzen wir in kräftigen Tagesmärschen auf Paris zu. Die Wägen sind meist klein, liegen 2—3 Kilometer von der Hauptlinie entfernt. An der Straße selbst liegt selten ein Schloß. Die Dörfer sehen etwas bewohnt aus. Sie sind nicht so frisch, modern, wie die meisten deutschen Dörfer. Das fruchtbare Land scheint weniger fleißig bearbeitet zu werden. Noch sehen viele Garben im Felde und werden nur verstopfen eingemäht. Am ersten Tage saß uns wieder einmal die Bewachung der Bagage zu, wie all ihren schon früher beschriebenen Wägen. Erst um 6 Uhr sind wir im Quartier, d. h. in einer Scheune. Schon um 3 Uhr nachts wird alarmiert. Heute sollen wir zuerst an den Feind. Vor Paris tobt seit vier Tagen eine große Schlacht. Besonders der rechte Flügel unserer Armee wird bedrängt von starken überlege-

nen Kräften. Wir sollen ihm zu Hilfe eilen. Also geht es in den dunklen Morgen hinein. Um 7 Uhr durchschreiten wir die schöne alte Stadt Compiègne. Eine große Brücke über den breiten Fluß ist gesprengt. Unsere Pioniere haben schnell eine Holzbrücke gebaut. Wir stehen jetzt noch 69 Kilometer vor Paris. Es beginnen die großen Pariser Wägen. Noch weitere fünfzehn Kilometer haben wir zu marschieren. Schon donnern die Kanonen in unserer Nähe und selbst Gewehrschüsse sind schon hörbar. Etwa gegen 12 Uhr stehen wir vor der Schlachtlinie, da wird das Geschütz abgedreht. Wir kochen im Felde ab, soweit man aus Kartoffeln und Mohrrüben, ohne Fleisch, etwas kochen kann. Dann erreicht uns um 4 1/2 Uhr nachmittags der inzwischen allgemein bekannt gewordene Befehl: „Der rechte Flügel muß zurückbiegen“. Schwere Herzens marschieren wir an dem Tage wieder 15 Kilometer zurück nach Compiègne, machen dort Bivak auf der Straße und uns fällt wieder die Aufgabe zu, nach einer Tagesmarschleistung von 43 Kilometern auf Wache zu ziehen. Wenn wir die Nacht nicht auf Posten standen, lagen wir, in Mantel und Zelt gehüllt, auf den Bürgersteigen und versuchten zu schlafen. In einem Punkte hatten wir es freilich immer noch besser wie die hinter uns liegenden Kompanien: wir fanden eine Wirtin, die uns noch bereitwillig Kaffee kochte.

#### VII.

Nun beginnen die Tage, in denen uns der Kriegsgott durcheinander mischt, so daß wir zeitweise nicht mehr wußten, wo wir waren. Heute gehörten wir zur russischen Armee, morgen galten wir als Etappentruppe.

Die Nacht auf dem Bürgersteig im schönen Compiègne war interessant. Man glaubt nicht, daß man auf dem Bürgersteig schlafen kann und kann es doch. Aber dann knallten wieder

ferne Gewehrschüsse. Was, soll der Feind uns schon so nahe auf den Fersen sein? Er war es gewiß nicht. Aber Wappstein pflegen im Kriege in der Nacht nervös zu sein. Man hörte ein Geräusch wie fernes Kavalleriegetrappel. Dazwischen zwackte die Erinnerung an die schönen Schlösser von Compiègne, an die wertvollen Gemälde, an die Geschichte dieser Stadt, besonders im Leben des französischen Königtums. So ging die Nacht schnell vorbei. Ich habe aber immer wieder bebauert, daß in Friedenszeit nicht dem Ruf meines alten Gewerkschaftsfreundes Windeln gefolgt war, der mir immer wieder schrieb: wann besuchst Du mich in Paris? Wo wird er jetzt sein?

Es graute der Herbstmorgen. Er graute wirklich. Heute wurden wir von der russischen Armee wieder losgelöst und sind Etappentruppen. Das klingt so friedlich nach unsern belgischen Erinnerungen. Und wirklich, der Tag beginnt gut mit frischem Kaffee — Du ahnst ja nicht, wie oft und doch immer wieder wie gerne man diese ach so dünne, braune Brühe trinkt. Er setzt sich fort mit einem (schreibenden) Stück geräucherter Speck. Ihr Schlemmer, wißt ihr, wie fein geräucherter Speck schmeckt, wenn man Hunger hat? Dann liegen wir noch endlos lange auf der Straße und jagen uns endlich gen Osten in Marsch auf der Straße nach Soissons. Vorbei geht es an französischen Militärbaracken, offenbar gebaut, um den am Kriegsanfang eingezogenen Reservisten ein Dach über dem Kopf zu geben. Der Hauptmann unserer 3. Kompanie ist ein praktischer Mann. Er ahnt sofort, daß es hier auch Kochkessel geben müßte. Und er hat recht. Ein Duzend oder mehr dieser schönen Dosen, die man in Frieden Wäschekocher nennt, stehen da verlassen. Wir veredeln damit unsere Bestände, indem wir unsere altersschwachen Dosen gegen bessere umtauschen.

(Fortsetzung folgt.)

